

Lesen Sie heute

Höchste Polizistin

Über die „sündigste Meile der Welt“, auf Sankt Pauli, wacht jetzt eine Frau. Rosmarie Frommhold wurde zur Leiterin der Hamburger Sittenpolizei ernannt. Sie ist damit die höchste Polizeibeamtin der Bundesrepublik. Seite 12

Zwei Wörter in der Hand

Georgios Mavros aus Piräus ist an der Bremer Schule Kornstraße als Hilfsbaumeister und Heizer tätig. Im Jugendstück „Ein Fest bei Papadakis“ spielt der Grieche mit viel Erfolg in den Kammerspielen der Böttcherstraße eine Hauptrolle. Seite 13

Schalke 04 ausgeschieden

Mit einer 0:2-Niederlage beim Zweitligaverband Fortuna Köln schied Bundesligist Schalke 04 gestern Abend aus dem DFB-Pokal aus. Seite 22

Leserbriefe

Seite 17

Fernsehen und Rundfunk

Seite 8

Meinhof-Verteidiger ausgeschossen

Stuttgart (ap). Gegen ihren Ausschluss von der Pflichtverteidigung im Strafprozess gegen den „harten Kern“ der Baader-Meinhof-Bande in Stuttgart wollen die drei betroffenen Rechtsanwälte, Croissant, Ströbele und Groenewald alle möglichen Rechtsmittel einlegen und erforderlichenfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen. Der Zweite Senat des Oberlandesgerichts hatte seine vorgestern getroffene Entscheidung damit begründet, daß gegen die drei Rechtsanwälte in Beschlüssen des Bundesgerichtshofes und des Senats selbst der Verdacht der Tatheteiligung ausgesprochen worden sei. Deshalb lasse sich nicht ausschließen, daß sie von den Bestimmungen über den Ausschluss von Verteidigern im Strafverfahren betroffen werden könnten, die am 1. Januar dieses Jahres durch Änderung der Strafprozeßordnung in Kraft getreten sind. (Siehe auch Seite 12.)

Schwere Unruhen erschüttern Peru

Lima (ap). Angesichts der bisher schlimmsten Krise ihrer sechsjährigen Herrschaft hat gestern die peruanische Militärregierung unter Präsident Velasco den Ausnahmezustand über das Land verhängt und die verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft gesetzt. Ausgelöst wurde die Krise am frühen Morgen mit der gewaltsamen militärischen Niederschlagung eines Streiks der uniformierten Polizei, der Guardia Civil, die mit dem Ausstand ihre Besoldungsforderungen und andere Verbesserungen durchsetzen wollte.

Einheiten der Armee stürmten nach vor Tagesanbruch mit Panzerunterstützung in der Hauptstadt Lima eine Polizeikaserne, die den Streikenden als Zentrale diente. Bei der sich dabei entwickelnden schweren Schießerei soll es nach Augenzeugenberichten neben Verletzten auch Tote gegeben haben. Studenten und andere Zivilisten erklärten sich daraufhin mit den streikenden Polizisten solidarisch und zogen, regierungsfremde Parolen rufend, durch die Straßen der Hauptstadt.

Opposition: Bahr hat keine Konzeption

Bonn (dpa). Die deutsche Entwicklungspolitik läßt nach Ansicht der CDU/CSU-Opposition sechs Monate nach dem Amtsantritt von Bundesminister Bahr (SPD) keinen Kurs mehr erkennen. Diese Auffassung vertrat der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Todenhöfer, in einer gestern in Bonn veröffentlichten kritischen „Bestandesaufnahme“ im einzelnen warf Todenhöfer dem Minister vor, verkündet zu haben, Bonn werde den reichen Olländern keine Kapitalhilfe mehr geben. Solche Hilfe hätten diese Länder aber ohnehin nicht erhalten. Auch Bahrs „Strategie“ der „technischen Hilfe gegen Entgelt“ ziehe nicht, da sein Ministerium nicht in der Lage sei, „auch nur Bruchteile“ der Nachfrage zu befriedigen.

Zu den Äußerungen Todenhöfers sagte der Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Gegensatz zur Opposition bedürfe die Bundesregierung keiner neuen Konzeption. Sie habe nämlich eine, und zwar die, die von der Opposition bisher angegriffen worden sei.

Weiterhin Luftangriffe gegen Eritrea-Rebellen

Addis Abeba (dpa). Auch gestern hat die äthiopische Luftwaffe wieder Stellungen der Rebellen der „Eritreischen Befreiungsfront“ bei Asmara angegriffen. Während noch am Vormittag die Militärregierung in Addis Abeba erklärt hatte, in Asmara sei der „Frieden wiederhergestellt“, wurden weiterhin Panzer und Truppen in die Provinzhauptstadt gebracht.

Die Botschaften in Asmara haben begonnen, über 2000 Italiener und andere Ausländer aus der belagerten Stadt zu evakuieren, in der Lebensmittel knapp werden und die Wasser- und Stromversorgung zusammengebrochen ist.

Abwendung des Metallstreiks erhofft

Neue Verhandlungen der Tarifpartner möglich / Gewerkschaft bereitet sich auf Ausstand vor

Düsseldorf/Hamburg (dpa/ap). Im Tarifkonflikt der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens wird noch die Abwendung eines Streiks erhofft, obwohl sich Arbeitgeberverband Gesamtmetall und Industriegewerkschaft Metall gestern nach wie vor unnachgiebig gegenüberstanden. Die Gewerkschaft traf allerdings Vorbereitungen für Kampfmaßnahmen, zu denen sie ab heute aufrufen könnte. Die

nordrhein-westfälischen Arbeitgeber hatten zuvor den Einigungsvorschlag für Lohn- und Gehaltserhöhungen um sieben Prozent endgültig abgelehnt. Die Große Tarifkommission der IG Metall stimmte dagegen dem Vorschlag zu, der neben der Lohn- und Gehaltsanhebung auch verbesserte Leistungszulagen vorsah. Der gestrige letzte Tag der Friedenspflicht war wiederum von Warnstreiks begleitet.

nach Erlöschen der Friedenspflicht gestern Abend nur noch wenige Möglichkeiten für eine Einigung. Es könne zu neuen Verhandlungen unmittelbar zwischen den Parteien, also ohne Schlichter, kommen, oder es werde ein Sonderschlichter eingesetzt. Anderenfalls sei ein Arbeitskampf nicht zu vermeiden.

Die Diskussionsredner bei der Sitzung der Tarifkommission in Mülheim/Ruhr nannten dagegen die sieben Prozent ein Minimum, dem man nur zähneknirschend zustimmen könne. Formal, so betonte der Kölner Bezirksleiter Karlheinz Bräuer, sei mit der Ablehnung des Schlichtungsanspruchs nun wieder die Elf-Prozent-Forderung auf dem Tisch. Ein Sieben-Prozent-Abschluß bliebe aber annehmbar.

Nach den Feststellungen der IG Metall kam es gestern in acht größeren Betrieben Nordrhein-Westfalens zu kurzfristigen Streiks. Die Zahl der Beteiligten gab die Gewerkschaft mit rund 9000 an, während die Arbeitgeber von gut 2500 Beschäftigten sprachen, die die Arbeit zeitweilig niedergelegt hätten.

Die 180 000 Angestellten des Baugewerbes im Bundesgebiet erhalten ebenso wie die 1,1 Millionen Bauarbeiter Gehaltserhöhungen von 6,6 Prozent. Außerdem werden 200 Mark als Einstieg in das 13. Monatsgehalt tarifvertraglich abgesichert. Der neue Tarifvertrag mit einer Laufzeit von zwölf Monaten, über den sich die Tarifvertragsparteien gestern in Frankfurt, tritt am 1. Mai in Kraft.

Die 44 000 Arbeitnehmer im niedersächsischen Metall- und Elektrohandwerk erhalten rückwirkend vom 1. Januar an durchschnittlich 7,9 Prozent höhere Löhne. Wie die Industriegewerkschaft Metall gestern in Braunschweig mitteilte, entspricht dies einer Steigerung des Stundeneinkommens um 60 Pfennig. Der neue Lohnvertrag sieht außerdem höhere Ausbildungsvergütungen vor. Danach werden im ersten und zweiten Ausbildungsjahr monatlich 25 Mark, im dritten und vierten Ausbildungsjahr 30 Mark mehr gezahlt.

DGB gegen extreme Kader

Gewerkschaftsvorstand beschloß klare Abgrenzung nach links

Düsseldorf (dpa). Die Bildung extremistischer Kader „unabhängig von der Parteizugehörigkeit“ wollen die DGB-Gewerkschaften in ihren Organisationen verhindern. Dabei spiele der Name einer Partei keine Rolle, sagte der DGB-Vorsitzende Vetter gestern in Düsseldorf nach einer Klausurtagung des Vorstandes vor Journalisten. Es sei deutlich geworden, daß vielmehr die Handlungsweise einer Partei oder ihrer Mitglieder für die Anwendung des vom DGB verabschiedeten Unvereinbarkeitsbeschlusses maßgebend sein müsse. Es bestehe eine Art Abgrenzungszwang gegen Kaderorganisationen.

Der DGB-Vorsitzende berichtete weiter, der Bundesvorstand und damit alle Einzel-Gewerkschaften hätten sich voll hinter die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gestellt. Sie habe sich zu einer bestimmten Haltung durchgerungen, als es notwendig war. Es sei schließlich auch eine Existenzfrage, sich gegen extremistische Kaderbildungen zu schützen.

Vetter spielte damit auf die Vorgänge in der GEW Berlins an, die Ausschlussanträge gegen zwölf ihrer Mitglieder gestellt hat, de-

nen vorgeworfen wird, bei der Gründung des „Sozialistischen Lehrerbundes Westberlin“ mitgewirkt zu haben beziehungsweise noch immer führend in dieser Vereinigung tätig zu sein. Der Sozialistische Lehrerbund Westberlin identifiziert sich mit den Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin.

Der Vorsitzende des stärksten GEW-Landesverbandes, Nordrhein-Westfalen, Gemein, hatte am Montag angekündigt, sein Verband werde einen Beschluß über die Unvereinbarkeit von DGB- und DKP-Mitgliedschaft beantragen, wenn die DKP-Mitglieder weiterhin mit den „Ultra-Linken-Gruppen“ zusammenarbeiten und sich schützend vor Gewerkschaftsfeinde stellten.

Bald Einigung über Berufsbildung?

Drittes Organisationsmodell erörtert / Gespräch ohne Friderichs

kl Bonn (Eig. Ber.). Auch bei ihrer zweiten Gesprächsrunde unter Vorsitz von Bundeskanzler Schmidt konnte die Koalition gestern noch keine völlige Einigung über die Reform der beruflichen Bildung erzielen. Es verstärkte sich jedoch der Eindruck, daß der Streit über die Organisation auf Betreiben des Kanzlers durch eine „dritte Lösung“ beigelegt wird: Es wird sowohl auf das von Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) geforderte Bundesamt als auch auf die von Bildungsminister Rohde (SPD) geforderte Bundesanstalt verzichtet. Die neu anfallenden zentralen Verwaltungsaufgaben sollen im Rahmen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft wahrgenommen werden. Dies würde bedeuten, daß die Aufsicht über die berufliche Bildung bei den Kammern verbleibt.

Überraschend wurde gestern mitgeteilt, daß Wirtschaftsminister Friderichs an dem Gespräch beim Kanzler nicht teilgenommen hat. Er hatte seit längerem eine Vortragsverpflichtung in Zürich und will ferner einige Tage Skiurlaub in der Schweiz machen. Der Kanzler hatte nicht auf seiner Teilnahme bestanden, nachdem Friderichs seinen Stellvertreter, den parlamentarischen Staatssekretär Grüner, mit voller Kompetenz ausgestattet hatte.

Nach dem mehrstündigen Gespräch teilte ein Regierungssprecher mit, es seien eine Reihe von Voraussetzungen für Sachentscheidungen getroffen worden. Angesichts der Länderkompetenz sei es vor allem um die Frage gegangen, wie das Gesetz für das Berufsschulwesen praktikabel gestaltet werden könne. Nun sollten die Ressorts einige neue Paragrafenentwürfe vorlegen.

Über die Finanzierungsfragen wurde inzwischen so weit Einigung erzielt, daß ein Scheitern des Gesetzes an diesen Problemen nicht mehr befürchtet wird. Danach soll von Jahr zu Jahr entschieden werden, ob durch Rechtsverordnung eine Abgabe zur Finanzierung neuer Ausbildungsplätze erhoben wird. Dies soll immer dann erfolgen, wenn das Angebot an Plätzen die Nachfrage um weniger als zehn Prozent übersteigt. Die von allen öffentlichen und privaten Arbeitgebern zu zahlende Abgabe soll etwa 0,12 bis 0,15 Prozent der Lohnsumme betragen. Freibeträge sollen dafür sorgen, daß lohnintensive Kleinbetriebe verschont werden. Kame es zu dieser Lösung, so rechnet man mit einem Jahresaufkommen von 300 Millionen Mark, mit denen 60 000 neue Ausbildungsplätze mit je 5000 Mark gefördert werden könnten.

Kairo befürwortet Nahost-Konferenz

Gromyko sagte Irak-Besuch ab / Nach Moskau zurückgekehrt

Kairo (dpa ap). Der sowjetische Außenminister Gromyko ist gestern von seiner Nahostreise, die ihn nach Syrien und Ägypten führte, von Kairo aus nach Moskau zurückgekehrt. Ein Besuch im Irak wurde kurzfristig abgesagt. Als Erfolg Gromykos werten Beobachter, daß die Hauptforderung der Sowjets, eine Nahostlösung müsse auf der Genfer Nahostfriedenskonferenz unter Beteiligung Moskaus gesucht werden, nicht nur von Syrien, sondern auch von Ägypten akzeptiert worden ist.

In einem Abschlussschreiben nach dem Besuch Gromykos in Kairo wird die „sofortige Wiederaufnahme der Genfer Nahostkonferenz“ als dem „am besten geeigneten Ort“ zur Erörterung aller Aspekte einer Friedensregelung gefordert. Während jedoch in einem sowjetisch-syrischen Kommuniqué am Montag „Ende Februar oder Anfang März“ als späterer Zeitpunkt für den Wiederbeginn der Konferenz genannt wurde, hat sich Ägypten anscheinend auf kein Datum festlegen lassen. Darin sehen Beobachter wiederum ein mögliches Zeichen dafür, daß die sowjetisch-ägyptischen Meinungsverschiedenheiten über die nächsten Schritte noch nicht ausgeräumt werden konnten.

Entgegen den amerikanischen Vorstellungen von einer „Stufenlösung“ stimmen Moskau und Kairo inzwischen offenbar aber darin überein, daß eine Regelung des Nahostkonflikts, wie es in dem Kommuniqué weiter heißt, „umfassend“ sein und die Palästinenser an allen Entscheidungen beteiligt werden müßten. US-Außenminister Kissinger wird am 12. Februar wieder in Kairo erwartet. Aus Kreisen des US-Außenministeriums verlautete,

Kissinger plane auch ein Treffen mit Gromyko, vermutlich in Genf.

Die abgekühlten sowjetisch-ägyptischen Beziehungen scheinen sich nach dem Gromyko-Besuch wieder etwas erwärmt zu haben, was sich aus der Ankündigung eines baldigen Besuchs von KP-Chef Breschnew in Ägypten folgern läßt. Moskau sichert seine weitere Unterstützung für die „gerechte arabische Sache“ zu. Die sowjetische Militärhilfe für Ägypten wurde in dem Kommuniqué jedoch nicht erwähnt.

Libanon hat gestern auf einer Sondersitzung des arabischen Verteidigungsrats in Kairo seine arabischen Nachbarn um Hilfe gegen israelische Angriffe auf den Süden seines Landes gebeten. Ägyptens Außenminister Fahmi sprach sich für die Erfüllung der libanesischen Wünsche aus. Er bot eine Million Dollar für den Wiederaufbau. (Siehe Seite 2.)

Werner Buchstaller soll neuer Wehrbeauftragter werden

Bonn (dpa). Der SPD-Abgeordnete Werner Buchstaller soll für das Amt des Wehrbeauftragten des Bundestages kandidieren. Wie gestern in Bonn bestätigt wurde, hatte sich die Arbeitsgruppe Verteidigung der SPD mit großer Mehrheit für die Kandidatur Buchstallers ausgesprochen. Gegen die Entscheidung der Sozialdemokraten werde der Koalitionspartner FDP keine Einwände erheben. Der bisherige Wehrbeauftragte Fritz-Rudolf Schultz will „aus privaten Gründen“ im März aus seinem Amt scheiden. Wie in Bonn verlautete, wird die Opposition möglicherweise einen Gegenkandidaten aufstellen.

Bonn will Türkei nicht mit Waffen helfen

Brüssel (dpa). US-Außenminister Kissinger hofft nach Angaben diplomatischer Kreise, daß die Bundesrepublik für eine Übergangszeit der Türkei Militärlieferungen gewährt, nachdem die US-Waffenhilfe für das Land an der Südfanke der NATO mit gestriger Wirkung eingestellt worden ist. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte jedoch gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: „Die Bundesrepublik ist dazu weder technisch noch finanziell in der Lage.“ (Siehe auch Seite 2.)

„Deutsche Frage keine Belastung“

Waldheim: UNO geht jedoch von zwei Staatsangehörigkeiten aus

kl Bonn (Eig. Ber.). Befürchtungen, daß die Arbeit der UNO durch die deutsche Frage belastet würde, hätten sich nicht erfüllt. Die beiden deutschen Staaten trügen ihre Auseinandersetzungen nicht vor die Weltorganisation. Dies erklärte UNO-Generalsekretär Waldheim gestern vor der Presse in Bonn. Er hatte vorher Gespräche mit Bundespräsident Scheel, Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher.

Mit Waldheim besucht zum erstenmal ein UNO-Generalsekretär die Bundesrepublik. Der Besuch findet im Rahmen einer Europareise statt und dauert drei Tage. Heute wird Waldheim in Trier den CDU-Vorsitzenden Kohl treffen sowie anschließend nach Luxemburg und von dort nach Ostberlin reisen. Wie das Auswärtige Amt mitteilte, war auch ein Besuch Westberlins erörtert worden. Er habe jedoch nicht in den Zeitplan gepaßt. Nun sei er für einen künftigen Aufenthalt in Aussicht genommen. Daß der Generalsekretär im Sommer die Bayreuther Festspiele besuchen und dabei einen Abstecher nach Berlin machen will, wollte Waldheim nicht bestätigen.

Der Generalsekretär war überhaupt bemüht, sich zurückhaltend zu deutschen Problemen zu äußern. Auf die Frage nach einer Eingabe

linksgerichteter Juristen wegen des Radikalerlasses sagte er, der Fragenkomplex sei ihm unbekannt. Die Einhaltung der Menschenrechte in den beiden deutschen Staaten, so antwortete er auf eine weitere Frage, wäre in der Menschenrechtskommission zu behandeln, der die Bundesrepublik angehöre. Den Brief des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Carstens, in dem dieser ihn bittet, in Ostberlin das Thema der politischen Gefangenen anzusprechen, habe er erhalten. Doch wolle er sich darüber nicht öffentlich äußern.

In einem Punkt machte der Generalsekretär freilich eine konkretere deutschlandpolitische Aussage: Auf die Frage, ob es für die UNO eine oder zwei deutsche Staatsangehörigkeiten gebe, entgegnete er, es sei selbstverständlich, daß die 138 Mitgliedstaaten sich unabhängig vertreten. Das treffe „selbstverständlich auch für die Staatsangehörigkeit zu“. Hauptanliegen Waldheims bei seinen Bonner Gesprächen war, um gegenseitiges Verständnis zwischen den UNO-Mitgliedern zu werben, damit eine wachsende Konfrontation vor allem zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vermieden werden kann. Er hob hervor, daß zweiseitige Kontakte hierzu besonders wichtig seien.

Kfz-Steuerreform vorerst auf Eis

Aber Entlastung für Lastkraftwagen ins Auge gefaßt

ze Bonn (Eig. Ber.). Die Bundesregierung will vorläufig auf eine grundlegende Reform der Kraftfahrzeugsteuer verzichten, entgegen früheren Absichten von Bundesfinanzminister Apel aber geringfügige Steuerentlastungen für Lastkraftwagen hinnehmen.

Das ist das vorläufige Ergebnis der gestrigen verkehrspolitischen Debatte im Bundeskabinett. Sie soll fortgesetzt werden, sobald ein Koalitionsgespräch über dieses Thema stattgefunden hat. Wahrscheinlich werden die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP sich für eine Gesetzesvorschrift aussprechen, wonach überzählige Anhänger und Sattelaufleger von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden und die Steuer für abgemeldete Lastkraftwagen nicht mehr monatlich, sondern tageweise erstattet wird. Die Steuerausfälle der Gesetzesnovelle schätzt das Bundesfinanzministerium auf annähernd 60 Millionen Mark.

Für Personenkraftwagen wird es bis auf weiteres bei der Hubraumbesteuerung nach nicht weniger als 60 Steuerklassen bleiben. Der geplante Übergang zur Besteuerung nach der Motorstärke mit einem Plakettenverfahren im Dreiklassensystem wird zu den Akten gelegt, weil — wie Regierungssprecher Grünewald vor der Presse in Bonn erklärte —

weitere Unruhe auf dem Automobilmarkt vermieden werden soll. Eine Kraftfahrzeugsteuerreform bleibe weiterhin das Ziel der Bundesregierung. Dafür müsse jedoch ein geeigneter Zeitpunkt abgewartet werden. Für die Opposition beanstandete der CDU-Abgeordnete Häfeler, daß sich die Regierung als unfähig erweise, eine Steuerreform zu verwirklichen. Rund 3000 Bedienstete in den Finanzämtern hätten mit wichtigeren Aufgaben befaßt werden können, wenn es gelungen wäre, das System der Kraftfahrzeugsteuer zu vereinfachen.

Explosion in israelischem Lokal forderte fünf Tote

Natanya (ap). Bei der Explosion einer Handgranate in einer Diskothek in dem israelischen Badeort Natanya sind gestern Nacht auf der Tanzfläche des Lokals fünf Menschen ums Leben gekommen und 30 weitere zum Teil schwer verletzt worden. Während die israelischen Behörden zunächst einen persönlichen Racheakt als das vermutliche Tatmotiv ansahen, hat sich telefonisch eine Splittergruppe unter dem Namen „Palästinensische Volkskampffront“ für den Anschlag verantwortlich erklärt.